

Tatsachen + Dokumente

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **33 (1954)**

Heft 8-9

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Gewerkschaften und Partei

Walter Freitag, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, hielt auf dem Parteitag der SPD eine Begrüßungsansprache, die besonders stark beachtet wurde. Wir geben einen ausführlichen Auszug daraus wieder.

«Ich habe den Auftrag, die besten Wünsche und Grüße des Vorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes Ihrem Parteitag zu überbringen. Ich tue das um so lieber, weil ich mich in einem Kreis von Menschen weiß, die mit uns — der Gewerkschaftsbewegung Deutschlands — auf das innigste verbunden sind. Die Trennungslinie zwischen Sozialdemokratischer Partei und deutschen Gewerkschaften ist sehr schwer zu finden. Wir sind Kinder *einer* Mutter, und wir sind aus der Not geboren. Die Not und die Verzweiflung des Volkes hat die Partei geschaffen und hat Gewerkschaften geschaffen, und aus dem gemeinsamen Erleben sind wir das geworden, was wir beide sein wollen. Aus diesem Grunde müßte es seltsam sein, wenn uns nicht dieselben Gedanken leiten und bei uns vorhanden sein sollten, wenn wir uns nicht mehr verständigen könnten.

Die Not und die Verfolgung, die hinter uns liegen, haben uns schon manche Erkenntnis gebracht und haben uns nach meiner Auffassung noch enger zusammengeführt, als wir es je gewesen sind. Ich weiß, daß man unseren Gewerkschaften im Augenblick die Verpflichtung auferlegen will, daß wir parteipolitisch neutral sein sollen. Wir bemühen uns und sind parteipolitisch neutral. Das bedeutet aber nicht, daß wir keine politische Meinung haben. Und das bedeutet nicht, daß wir dieser politischen Meinung nicht Ausdruck geben wollen und unsere Anhänger im Lande aufrufen, mit uns gemeinsam den Weg zu gehen, der auch in unserem neuen Deutschland gegangen werden muß, um zu besseren Verhältnissen zu kommen.

Innige Zusammenarbeit

Die ganze Geschichte der Vergangenheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung zeugt von der Innigkeit des Zusammengehens zwischen Partei und gewerkschaftlicher Organisation, und ich möchte denjenigen sehen, der die Vergangenheit verleugnen wollte. Ich möchte auch für die Zukunft, daß eine innige Zusammenarbeit bestehen bleibt. Das bedeutet nicht, daß wir vom Deutschen Gewerkschaftsbund irgendwie politisch aktiv werden wollen. Wir haben unsere Aufgabe, und die Sozialdemokratische Partei hat ihre Aufgaben. Die Aufgaben, die uns als Deutschem Gewerkschaftsbund gestellt sind, können von uns nicht allein gelöst werden. Es hat sich bei uns die Meinung herausgebildet, daß die beste Unterstützung in all unseren Bemühungen — seien sie sozialpolitischer, seien sie wirtschaftlicher Natur — uns von der Sozialdemokratischen Partei gegeben wird.

Mancher mag es merkwürdig finden, daß ich das hier so zum Ausdruck bringe. Unter Umständen wäre mir wohler, wenn ich das nicht zu sagen brauchte und wenn ich anerkennen müßte, daß auch andere Parteien in derselben Art und Weise, wie es die SPD getan hat, die deutschen Gewerkschaften unterstützen. Leider ist das nicht der Fall. Und aus diesem Grunde wird es so sein, daß jetzt und noch längere Zeit die deutsche

Gewerkschaftsbewegung auf der politischen Ebene keinen besseren Verbündeten hat als die Sozialdemokratische Partei.

Noch viele gemeinsame Aufgaben

Mir scheint, daß viele Aufgaben für uns beide — für Partei wie für Gewerkschaften — in der nächsten Zeit zu erledigen sind und daß wir uns mehr rühren müssen, als es bisher der Fall gewesen ist, damit wir nicht wieder unangenehme Überraschungen erleben. Es ist notwendig, daß wir den letzten Mann aufrütteln und der letzten Frau begreiflich machen, was wir noch alles schaffen müssen, um zu einem besseren Dasein zu kommen.

Unser Tun ist noch nicht zu Ende. Als sich in der Mitte des vorigen Jahrhunderts unsere Anhänger in Deutschland politisch betätigten und auch in wirtschaftlichen Organisationen zusammenkamen, haben sie damals manches unterlassen müssen. Das Feld, das sie bearbeiten mußten, war außerordentlich schwierig. Die Not, die damals auf den Schichten der arbeitenden Bevölkerung lag, mag sich geändert haben. Es wäre dumm von uns, wenn wir behaupten wollten, daß wir noch ähnliche Zustände in Deutschland hätten, wie es damals der Fall gewesen ist. Wir sind durch gemeinsame Arbeit auf der politischen und wirtschaftlichen Ebene zu besseren Zuständen gekommen. Sind die Zustände aber so, daß wir bereits die Hände in den Schoß legen können? Oder haben wir noch eine Verpflichtung, vor allen Dingen der heranwachsenden Jugend eine bessere Zukunft zu geben, als wir sie zum großen Teil alle durchleben mußten?

Wir haben noch Verpflichtungen. Wir müssen noch einiges tun. Aus diesem Grunde haben wir gerade der jungen Generation zu sagen, daß unser Werk nicht zu Ende ist, sondern daß noch große Aufgaben unser harren, daß wir gemeinsam Hand anlegen müssen, ein Deutschland zu schaffen, in dem sozialer Fortschritt und demokratische Gesinnung herrschen.

Deshalb besteht die Verpflichtung, daß Partei und Gewerkschaften zusammenarbeiten im Interesse der schaffenden Menschen, um ihnen eine bessere Zukunft in Deutschland zu ermöglichen.➤